

Deutsch-Japanisches Friedensforum Berlin e.V.

日独平和フォーラム

**Sonderheft
zum Artikel 9
der japanischen Verfassung**
(Nachdruck von 1995)

Die Beiträge von Kenji Yarnamoto, Charles Overby und Mareile Löber wurden am 6.5.1995 in der Humboldt-Universität gehalten. Titel der Veranstaltung war: "Internationale Initiative für Friedens Verfassungen".

Artikel 9 der japanischen Verfassung lautet:

"Im aufrichtigen Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten Internati-nalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeit auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und die Androhung oder Ausübung von militärischer Gewalt als ein Mittel zur Regelung internationaler Streitigkelten."

"Zur Erreichung des Zweckes des vorangegangenen Paragraphen werden Land-. See- und Luftstreitkräfte sowie andere Kriegsmittel nicht unterhalten. Ein Kriegsführungsrecht des Staates wird nicht anerkannt."

Dieses Sonderheft kann bezogen werden durch:

Deutsch-Japanisches Friedensforum
c/o Hans-Peter Richter, 13503 Berlin, Tel./Fax: (030)43 67 16 21
Email: a-hpr@t-online.de

Artikel 9 ist ein Beitrag Frieden in der Welt

Heute, fünfzig Jahre nach Kriegsende, betonen wir aufs Neue, wie wichtig es ist, den Artikel Neun der Japanischen Verfassung, der "Verzicht auf Krieg", "Kein Unterhalt von Streitkräften", sowie "Verweigerung des Rechtes auf Kriegsführung" festschreibt, in die Realität umzusetzen.

Weltweit nötig

Die Ost-West-Konfrontation hat seit Ende des zweiten Weltkrieges die Welt bestimmt; Spannungen und Kriege hatten verstärkte Aufrüstung zur Folge und man begann Kernwaffen zu produzieren; mehr als genug, um nicht nur die Menschheit, sondern alles Leben auf der Erde damit ausrotten zu können. Angesichts dieser realen Bedrohung haben wir stets durch gewaltfreie Aktionen an den Verzicht auf Krieg und Gewalt« die Abschaffung von Atomwaffen und die Abrüstung appelliert. Zudem haben wir darauf hingearbeitet, die Konfrontation zwischen Ost und West in eine koexistente Beziehung zu verwandeln. Die theoretisch-ideelle Grundlage unserer Aktionen steht im Zusammenhang mit den Maximen "Verzicht auf Krieg und Gewaltanwendung", sowie "Verzicht auf Kriegsmacht und Kriegsführung", wie sie im Artikel Neun der japanischen Verfassung einmalig präzise manifestiert sind. Dieser Artikel ist verfaßt worden aus der Reflexion über denjenigen der vielen wahnsinnigen Kriege, der die größte Barbarei darstellt unter den vielfältigen Vergehen, die die Menschheit bisher verbrochen hat. Dieser Artikel sollte daher auch nicht nur in der japanischen Verfassung stehen, sondern wir denken, er sollte in der ganzen Welt Verbreitung finden.

Der Unsinn vom gerechten Krieg

Dahingegen üben sich die Länder und Personen, die dem Wahnsinn von Aufrüstung und dem Wettlauf der Entwicklung von Atomwaffen verfallen sind, in Begriffsspielereien und sprechen vom Krieg im Namen der Gerechtigkeit, vom ungerechten Krieg, vom Verteidigungskrieg und dem Angriffskrieg. Wie bisher alle Kriegsführer - in welchem Fall auch immer — fühlen sie sich selbst auf der Seite der Gerechtigkeit und haben sich zu verteidigen. Sie forcieren Atomwaffen und Aufrüstung und behaupten, daß ungerechte Kriege und Angriffskriege am wirksamsten zu verhindern seien, indem man im Notfall Gewalt anwendet.

Zeitalter des Friedens

Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus endete die Ost-West-Konfrontation, und es wird oft gesagt, nun würde das Zeitalter des Friedens kommen, doch die Realität sieht geradezu gegenteilig aus. Man kann auch behaupten, daß der Zusammenbruch des Sozialismus das Ergebnis des langjährigen Rüstungswettlaufes sei; für die Ausgezehrtheit Amerikas von heute gilt das Gleiche. Kriege,

wie im ehemaligen Jugoslawien, deren Ende nicht abzusehen ist, dauern in vielen Regionen der Welt an und fordern viele Tote und Verletzte. Die Bedrohung durch Atomwaffen gehöre endgültig der Vergangenheit an, wird behauptet, was überhaupt nicht stimmt. Die Kriege sind Ergebnis der Tatsache, daß Krieg und Gewalt bejaht wird. In Anbetracht der Lage sind wir überzeugt, daß es keinen sinnvolleren Zeitpunkt geben kann, als jetzt die Theorie und die Gedanken des Artikel 9 der japanischen Verfassung zu verbreiten. Trotzdem gab es vom Augenblick des Erlasses an Bestrebungen, ihn wieder abzuschaffen.

Japan als Schutzwall

Auch nach der Trennung der Alliierten Sieger des Pazifischen Krieges war Amerika auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens im Rahmen seines Besatzungsregimes bemüht, die japanische Kaiserliche Armee aufzulösen, die Kriegsherren zur Verantwortung zu ziehen, ein Wiederaufleben des Militarismus zu verhindern und die Demokratisierung voranzutreiben. In diesem Prozeß hat der Oberbefehlshaber des Generalhauptquartieres, Douglas Mc Arthur die Revision der Verfassung angewiesen und sie wurde als Ergebnis des Austausches mit den japanischen Führern erlassen. Doch in einem Klima, als nach Ende des Zweiten Weltkrieges die unterschiedlichen Weltanschauungen der Staaten an die Oberfläche traten, war Amerika daran gelegen, Japan zum Schutzwall in Asien zu machen und hat was die Demokratisierung angeht, nur halbe Sache gemacht. Mit Gründung der Volksrepublik China und dem Ausbruch des Korea-Krieges wurde dies äußerst offensichtlich, denn ungeachtet der Proteste in der Bevölkerung gründete Amerika am 10.8.1950 eine japanische Nachkriegs-streitkraft unter dem Namen Polizei- Reservetruppe. Im Jahre 1952 wurde diese umbenannt in Sicherheitstruppe und seitdem sie 1954 ihren heutigen Namen erhielt, ist sie im Rahmen des amerikanisch-japanischen Sicherheitssystems im Laufe der Jahre zu einer Größe herangewachsen, die andere asiatische Länder als Bedrohung empfinden.

Restaurative Kräfte

Diesen Kurswechsel in der Japanpolitik Amerikas machte sich die Führungsschicht Japans zunutze. Denn die Führungselite Japans hatte im Grunde ihres Herzens die von ihr selbst gemachte Geschichte nicht reflektiert. Sie wartete auf eine Gelegenheit, das Kaisersystem zu sichern, die Armee wiederzubeleben und sich zum Führer Asiens zu machen. Während der Okkupation konnte sie ihre Forderungen nicht laut werden lassen, aber seit Ende der Besatzungsherrschaft proklamierte sie, daß die gegenwärtige japanische Verfassung ein von den Alliierten aufgedrücktes Gebilde sei, das schleunigst revidiert werden müsse. Als besonders revisionsbedürftige Teile galten das symbolische Kaisersystem und der Artikel 9. Würde man gemäß dem Artikel 9 der japanischen Verfassung auf Krieg verzichten und kein Militär unterhalten, könnte man Japan nicht bewahren. Selbst Privathäuser würden abgeschlossen, daher wäre zumindest zur beschränkten Selbstverteidigung eine Armee notwendig. Sozialistische Länder, wie Rußland, China und Nordkorea trachteten nach Japan. Zur Verteidigung Japans müßten durchgreifende Maßnahmen erfolgen. Derartige

Forderungen wurden immer wieder erhoben.

Artikel 9 gefährdet

Gegenwärtig wird zu der alten Behauptung, daß die Verfassung ein aufgepropftes Gebilde sei und daher reformiert werden müsse, das Argument immer lauter, daß nunmehr 50 Jahre nach Kriegsende die Verfassung nicht mehr ins Bild der Zeit passe. Seit dem Ende des Kalten Krieges und seit dem Golfkrieg mehren sich auch die Stimmen derer, die behaupten, daß auch Japan einen seiner wirtschaftlichen Stellung entsprechenden internationalen Beitrag zu leisten habe, und staatlicher Pazifismus Egoismus sei. Der Artikel 9 sei zur Ursache von Entfremdung geworden, tönt es im Chor. Der Alltag in Japan ist in letzter Zeit durch Naturkatastrophen, wie dem großen Erdbeben in Kobe, und von Terroranschlägen erschüttert worden, sodaß man verstärkt den Ruf vernimmt, die Polizei allein könne nur unzureichend reagieren, weshalb die Selbstverteidigungs-Streitkräfte ausgebaut und der Artikel 9 revidiert werden müßten.

Wandel in Japan

Vor einem Jahr im Sommer hat sich in Japan ein großer politischer Wandel vollzogen. Das System der Vorherrschaft der seit 1955 allein regierenden Liberaldemokratischen Partei Japans (LDP) ist zusammengebrochen und wurde durch eine Koalitionsregierung unter Beteiligung der Sozialistischen Partei Japans (SPJ) ersetzt. Die Sozialistische Partei hatte die unbewaffnete Neutralität und den Erhalt des Artikel 9 der Verfassung zu ihren zentralen Forderungen erhoben. Sie strebte die stufenweise Auflösung der Selbstverteidigungsstreitkräfte (SDF), sowie den Bruch mit dem japanisch-amerikanischen Sicherheitssystem an. Deshalb erwarten viele, daß die Bewegung, die die vollständigen Änderungen des Artikels 9 anstrebt, gebremst würde, das japanisch-amerikanische Sicherheitssystem überdacht und nach neuen Formen in der Politik gesucht werden würde. Doch mit dem politischen Wandel des letzten Jahres entstand eine Koalitionsregierung mit der LDP, und der Vorsitzende der SPJ wurde Ministerpräsident. Danach machte die SPJ den Erhalt des Ministerpräsidentensessels zur obersten Priorität und begann ihre eigenen Prinzipien und ihre Identität aufzugeben. Sie übernahm die Ansicht, daß die Existenz der SDF nicht gegen die Verfassung verstoße und erklärte, an dem japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktsystem auch weiterhin festzuhalten. Damit drehte sie ihre Politik um 180 Grad. Man kommt nicht umhin zu sagen, daß für das Ministerpräsidentenamt die Ideale aufgegeben wurden. Da die SPJ ihre Politik um 180 Grad gedreht hat, ist nun die japanische Verfassung, speziell der Artikel 9 in Gefahr. Der Artikel 9 der japanischen Verfassung beruht auf internationaler Zusammenarbeit und steht nicht nur für Politik ohne Krieg, sondern bringt 100 Prozent Pazifismus, Kriegsverzicht in Theorie und Politik zum Ausdruck, und zwar als Maxime, die ein Staat umzusetzen versucht. Er ist daher ein epochemachender Paragraph, der durch Nachdenken über den Krieg zustande gekommen ist.

Beitrag zum Frieden

Auf der Vollversammlung des Unterhauses im Juni 1946, die über diese Verfassung beriet, stellte der damalige Ministerpräsident Yoshida zu den Bestimmungen bezüglich des Hauptantrages über den Verzicht auf Krieg klar, daß das Selbstverteidigungsrecht zwar nicht direkt verneint sei, da aber im zweiten Absatz die Rüstung als solche und das staatliche Recht auf Kriegsführung nicht gestattet werde, resultiere daraus, daß damit selbst auf Krieg unter Anwendung des Selbstverteidigungsrechtes, sowie auf das Recht zur Kriegsführung verzichtet werde. Darüber hinaus hat er erklärt, daß viele der modernen Kriege im Namen der Selbstverteidigung gefochten werden, selbst beim Vorfall in der Mandschurei und dem Pazifischen Krieg war das der Fall, wenn man ehrlich sei. Diese Verfassung werde erlassen, um unsere Absicht zum Ausdruck zu bringen, einen Beitrag zum Frieden in der Welt zu leisten, indem wir selbst voranschreiten und auf das Recht zur Kriegsführung verzichten, um damit ein Fundament zu legen auf dem Friede in der ganzen Welt gedeihen kann, denn wir wollen an der Spitze der friedliebenden Staaten stehen. Heute, 50 Jahre nach Kriegsende, will ich noch einmal betonen, daß es zum Aufbau einer Zukunft ohne Krieg und Aggression notwendig ist, die Bestimmungen des Artikel 9 der japanischen Verfassung, nämlich "dauerhafter Verzicht auf Krieg", "kein Unterhalt von Streitkräften" und "Ablehnung des Rechtes auf Kriegsführung", zur Grundlage realer Politik zu machen.

Kenji Yamamoto

(Geschäftsführer des Deutsch-Japanischen Friedensforums in Osaka)

Militärische Beschaffungen widersprechen Artikel 9

Militärische Beschaffungen, hauptsächlich für Auslandseinsätze, gefährden erneut den Bestand des Artikel 9 der japanischen Verfassung.

Bereits im November 1993 und 1994 wurden Bestellungen bei Boeing für die militärische Version der Boeing-Widebody 767 im Gesamtumfang von 1,6 Milliarden US-Dollar getätigt. Der Einsatz erstreckt sich vom Tanker/Transporter bis zum Frühwarnflugzeug. Japan ist bisher der erste und einzige Kunde und benötigt die Maschinen u.a. für seine komplexeren Aufgaben innerhalb von UN-Missionen. An den "peacekeeping operations" will sich die japanische Armee aktiver beteiligen; als führende Weltkraft des 20. Jahrhunderts soll ihre defensive Rolle (als Geldgeber wie zu Zeiten des Golfkriegs mit 10 Milliarden US-Dollar) der Vergangenheit angehören - wäre da nicht der Artikel 9 der Verfassung ...

Robert Kliem

Verzicht auf Krieg durch Japan und Deutschland: Hoffnung für unsere Zukunft oder Illusion?

von Dr. Chuck Overby,
Gründer und Vorsitzender der Artikel-9-Gesellschaft (A9S) Athens, Ohio (USA)
Berlin im Mai 1995

Einleitung

(1) Ich bin sehr glücklich hier mit Ihnen zu sein an diesem 50. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges in Europa. Es war großartig, von Hans-Peter Richter Anfang Januar 1995 einen Anruf zu bekommen, als er mich mit dem Deutsch-Japanischen Friedensforum (DJF) bekannt machte und mich einlud, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Schon immer als die Artikel-9-Gesellschaft (A9S) im März 1991 gegründet wurde, habe ich mich darauf gefreut, eine Verbindung mit Deutschen herzustellen zu diesem wichtigen Thema. Voll Hoffnung könnten wir in den drei Nationen Japan, Deutschland und USA unsere Anstrengungen bündeln, um Artikel 9 aufrecht zu erhalten und die deutschen verfassungsrechtlichen Einschränkungen des Krieges - und vielleicht haben wir innerhalb von 200 Jahren sogar in den USA einen Artikel-9 Verfassungszusatz in den USA. Bitte sehen Sie im Anhang A eine kurze Ausarbeitung über die Verfassungszusätze, die den Krieg verbieten.

(2) Es ermutigte mich auch, zu erfahren, daß Makoto Oda der Gründer des DJF ist. Ich erfuhr zuerst von ihm im Herbst 1993, als ich sein Papier von 1991 las, "Eine Nation von Kriegsdienstverweigerern".

(3) Ich übernahm Odas Idee der "Kriegsdienstverweigerung" (conscientious objection) und schuf einen neuen Ausdruck, um zu beschreiben, was ich erhoffte, wie wir Japan in Zukunft nennen können, nämlich eine Nation der "Bekräftigung des Gewissens" (conscientious affirmation). Unglücklicherweise haben die Worte "Kriegsdienstverweigerer" für einige Leute eine negative Bedeutung, insbesondere hier in Amerika, und vielleicht auch anderswo, wenn wir uns im Krieg befinden. Ich ziehe es vor, das Wort "Bekräftigung" mit dem Wort "Gewissen" zu verbinden, um dem Ausdruck eine positive Bedeutung zu geben. Es scheint mir, daß sich zu weigern, bei einem Krieg mitzumachen und seine Mitmenschen zu töten, eine äußerst positive Bekräftigung des wesentlichen und schönen Prinzips ist — "Du sollst nicht töten".

(4) Japan als eine "Nation der Bekräftigung des Gewissens" sollte den moralischen Wert seines Artikel 9 ehren und eine Nation werden, die "alternativen Dienst" für den Weltfrieden und die Gerechtigkeit leistet, statt Militär beizusteuern. So habe ich bei meiner Vorlesungs-Reise durch Japan 1993 tatsächlich von Japan und Deutschland gefordert, Nationen der Bekräftigung des Gewissens zu sein, die alternativen Dienst leisten anstelle von Militärdienst. Was ist falsch, fragte ich, mit zwei wirtschaftlich mächtigen Nationen, Deutschland und Japan, wenn sie vom Rest der Nationen und den Vereinten Nationen ermutigt werden ihre Verfassungen zu ehren und gewaltfreie nicht-militärische Wege

zeigen, um den Weltfrieden zu fördern? Wenn Deutschland und Japan ermutigt würden, das zu tun, würde der Rest der Welt von ihnen lernen und den Tag der menschlichen Reife schneller bringen, an dem Konflikte ohne Krieg gelöst werden. Unten sind wenige dieser Art von alternativem Dienst aufgelistet. Als Übung könnten wir unsere gemeinsamen Kenntnisse und Weisheit einbringen, um ein Buch oder eine Anleitung über gewaltfreie nicht-militärische Wege und ein Programm für Frieden zu schreiben.

(5)

- [1] Vorbeugende Diplomatie üben und praktizieren,
- [2] Hunger und Armut in der Welt überwinden,
- [3] das Bevölkerungswachstum reduzieren,
- [4] Natürliche Ressourcen bewahren und Umweltzerstörung reduzieren,
- [5] Entwurf, Herstellung und Vermarktung von "grüner Technologie",
- [6] Reduzierung von Verletzungen der Menschenrechte,
- [7] Abbau des Atomwaffenarsenals auf null,
- [8] Stop des internationalen Handels mit konventionellen Waffen,
- [9] Erziehung zu gewaltfreien Aktionen und Konfliktlösung,
- [10] Hilfe bei der Wirtschaftsentwicklung,
- [11] Lösung des massiven Flüchtlingsproblems,
- [12] Unterstützung anderer Aktivitäten, die kein Militär erfordern.

(6) Kürzliche ermutigende Beispiele für nicht-militärische Konfliktlösung und Kriegsvorbeugung sind:

- Norwegische Bemühungen daß Israelis und Palästinenser miteinander sprechen anstatt sich gegenseitig zu töten,
- Die Metamorphose der neuen Regierung Südafrikas,
- Die laufenden Gespräche anstatt sich zu töten in Nordirland und
- Die NGO-Einflußnahme des früheren Präsidenten Carter auf der koreanischen Halbinsel, Haiti und anderswo.

(7) Hier bei diesem 50. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges in Europa und später in diesem Sommer zum 50. Jahrestag des Kriegsendes in Japan ist es äußerst passend und angebracht, daß wir Japans und Deutschlands Verfassung untersuchen, in der auf den Krieg als souveränes Recht der Nation verzichtet wird. Artikel 9 der japanischen Verfassung erklärt das Prinzip sehr bezeichnend und klar. Bei Deutschland ist das eine viel unschärfere Bestimmung, wenigstens für mich, der ich ein relativ uniformierter Novize bei deutschen politischen Dokumenten bin.

(8) Ich halte es für wichtig, daß wir in den Köpfen der Leute, die Friedensverfassungen von Deutschland und Japan mit den Katastrophen verbinden, die den zweiten Weltkrieg ausmachen. Diese Nachkriegs-Anti-Kriegs-Verfassungs-Bestimmungen stiegen auf wie Phönix aus den Flammen und Holocausts des zweiten Weltkrieges und sind hoffnungsvolle und zerbrechliche Modelle für alle Nationen und die Vereinten Nationen, für alle Zukunft. Wir können es uns nicht leisten, diese kostbaren Schätze der Leitlinie in das 21. Jahrhundert und darüber hinaus zu verlieren.

(9) Der verstorbene prominente japanische Verfassungsexperte, Mitglied der christlichen Sozialisten, und Unterstützer des Artikel 9, Dr. Shinobu Tabata, umriß grob drei Stufen des historischen Prozesses zum Weltfrieden. Die erste Stufe nannte er die prophetische Periode der Ablehnung des Krieges, die zweite eine Periode von moralischen Geboten der Ablehnung des Krieges und die letzte, dritte Stufe die gesetzliche Verfügung gegen den Krieg. Es scheint mir, daß mit diesem japanischen und deutschen verfassungsmäßigen Verzicht auf den Krieg wir diese dritte Stufe erreicht haben, die Tabata gefordert hat. Die Herausforderung für uns liegt darin, den Bestand dieses gesetzlichen Gebotes gegen den Krieg zu sichern und zu stärken, um diese Flamme der Hoffnung am Leben zu erhalten.

(10) Japans Artikel 9 lautet: **"Im aufrichtigen Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeit auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und die Androhung oder Ausübung von militärischer Gewalt als ein Mittel zur Regelung internationaler Streitigkeiten." "Zur Erreichung des Zweckes des vorangegangenen Paragraphen werden Land-, See- und Luftstreitkräfte sowie andere Kriegsmittel nicht unterhalten. Ein Kriegsführungsrecht des Staates wird nicht anerkannt."**

(11) Vorläufer von Artikel 9 und der Präambel der japanischen Verfassung und vielleicht auch von Deutschlands Anti-Kriegs-Verfassungs-Klauseln, können im Kellogg-Briand-Pakt vom 27. August 1928 gefunden werden, dem so genannten Pariser Friedenspakt und in der Charta der Vereinten Nationen, unterschrieben am 26. Juni 1945. Die UN-Charta wurde jedoch sechs Wochen vor den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki unterschrieben und fast zwei Jahre vor Japans Friedensverfassung, die am 3. Mai 1947 in Kraft trat. Die japanischen und deutschen Verfassungen spiegeln deshalb die neue furchtbare Wahrheit des nuklearen Zeitalters wieder, wie das keine Dokumente vorher taten.

(12)

[1] eine biografische Anmerkung,

[2] einiges über die Gründung unserer A9S und einiger ihrer Aktivitäten.

[5] Besorgnis über die Erosion von Deutschlands Kriegs- Verzicht- Verfassungs-Klauseln und schließlich

[6] einige Hoffnung für unsere Zukunft oder eine Illusion? Positive Folgen unseres Treffens?

Biografische Anmerkung

(13) Ich bin ein 69 Jahre alter amerikanischer Veteran des zweiten Weltkrieges und des Koreakrieges, wo ich Pilot war von einer B-29 Besatzung. Ich bin auch Professor für Ingenieurwissenschaften an der Ohio- Universität im Ruhestand, mit einem beständigen Interesse an einem "Ressourcen erhaltenden" und "ökologisch eleganten" Technologie-Design. 1991 gründete ich mit der Hilfe von Gleichgesinnten in Athens, Ohio die A9S - eine Organisation der Idee gewidmet, daß die Prinzipien in Japans Artikel 9 in den Verfassungen aller Länder

sein sollten.

(14) Im Laufe der Jahre bin ich zu dem Schluß gekommen, daß Gewalt und Militär Konflikte nicht wirklich lösen, und daß wir als Art gewaltfreie Mittel finden müssen, um unvermeidliche Konflikte zu bewältigen, die Teil unserer menschlichen Bedingungen sind. Ich bin angezogen vom Werk Mahatma Gandhis und Martin Luther King jr. (und habe das studiert), weil sie für gewaltfreie Mittel eintreten, um ein Land zu befreien und ein Volk von der Unterdrückung. Meine Frau Ruth und ich werden später im Sommer an einem Kurs der Ohio Universität über Kings und Gandhis Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit teilnehmen.

Die Gründung unserer Artikel— 9— Gesellschaft

(15) Die A9S wurde Mitte März 1991 geboren unmittelbar nach dem Ende des Golfkrieges, aus einer Mischung von Hoffnung und Hoffnungslosigkeit. Hoffnung kam von den fast unglaublichen Ereignissen in Osteuropa und in Südafrika mit bei weitem weniger Gewalt als man hätte vorhersehen können. Hoffnung kam auch mit dem Welt-Staatsmann Gorbatschow, der sich bei dieser Gelegenheit emporschwang, den Wahnsinn und die Verschwendung des 45-jährigen Kalten Krieges erkannte und aufstand und sagte "genug".

(16) Hoffnungslosigkeit kam

[1] vom Persischen-Öl-Ressourcen-Krieg 1991 vom "Hi-Tech"-Schlachten des irakischen Volkes, etwas was unsere Regierung beschönigend als "Kollateralschäden" bezeichnete,

[2] von unserer Panama-Invasion 1989 in Verfolgung unseres ehemaligen mit Drogen handelnden CIA-Beschäftigten Noriega,

[3] von den Reagan-Jahren der USA der Wühlarbeit gegen die Revolution in Nicaragua und

[4] von der schmachvollen Vietnamkriegs-Katastrophe, in der drei oder mehr Millionen Vietnamesen und 60.000 amerikanische Soldaten starben wegen der Selbstüberhebung und Dummheit unserer Führer. Warum brauchte Robert McNamara, der frühere Verteidigungsminister und einer der Architekten dieses Krieges, 25 Jahre, um seinen Irrtum und die Unmoral einzusehen? Bitte lesen Sie sein neues Buch, *In Retrospect: The Tragedy and Lessons of Vietnam*, in dem er kürzlich sein tiefes Bedauern ausdrückte für seine Rolle in dem Krieg.

(17) Die Zwillingsfäden von Hoffnung und Hoffnungslosigkeit ließen mich selbst in meiner Depression während des Golfkrieges fragen, ob es nicht irgend etwas gäbe, was eine Person in diesem Meer der Gewalt tun könnte? Weil ich in Japan 1981 als Gastprofessor an der Chubu-Universität gelebt und gearbeitet hatte, erfuhr ich von der japanischen Friedensverfassung und ihrem Artikel 9, dem Verzicht auf Krieg. Ich dachte, vielleicht könnte Artikel 9 die Basis für eine "neue Weltordnung" sein anstatt des Gewaltmodells, das Präsident Bush im Golfkrieg demonstriert hatte. Ich kam mit dieser Idee zu unserer kleinen Unitarier-Fellow-Gruppe in Athens, Ohio und schlug vor, wir beginnen eine A9S, deren Ziel auf lange Sicht die Arbeit für die Übernahme von Artikel-9-artigen Klauseln in die Verfassungen aller Nationen der Erde sein sollte. Die Hälfte unserer Gruppe unterschrieb als A9S-Unterstützer. So wurde Mitte März 1991 die

A9S gegründet. Ich schickte eine Erklärung der A9S-Ziele an unsere Freunde, Horoshi und Megumi Katsumori in Kasugai, in der Aichi Präfektur in Japan. Sie antworteten mit unüblicher Begeisterung und Unterstützung durch die Gründung der A9S-Japan. Wir von der A9S stehen tief in der Schuld der Katsumoris. Ich nenne sie die "Motoren der A9S".

(18) Ein Teil meiner Angst beim Golfkrieg kam auf wegen einiger Maßnahmen, die der US-Senat vier Monate vor dem Beginn des Schießens getroffen hatte und etwa sechs Wochen nachdem Saddam in Kuwait eingedrungen war. Diese Maßnahmen führten uns dazu lieber den Krieg zu wählen als eine Nation zu werden, die Energie effektiver einsetzt. Bitte sehen Sie dazu Anhang B.

(19) Ich mag Saddam nicht ein bißchen, aber ich bin überzeugt, daß Präsident Bush an nichts anderem interessiert war als am Gebrauch von militärischer Gewalt als Mittel um mit der Situation fertig zu werden. Während es auch andere Faktoren gab im Golfkrieg, war es hauptsächlich ein Krieg um das Öl. Amerika war nicht am Golf, um die Demokratie zu schützen, sondern um seine Ölversorgung zu sichern.

Ziele der- Artikel—9—Gesellschaft

(20) Das langfristige Ziel der A9S ist zu erreichen, daß alle Nationen auf der Erde in ihren Verfassungen die Prinzipien in ihre Verfassungen aufnehmen, wie sie im Artikel 9 der japanischen Verfassung benannt sind. Kurzfristige Ziele der A9S, die zum langfristigen führen sollen, sind:

[1] Unterstützung und Ermutigung des japanischen Volkes in ihrem Wunsch Artikel 9 ihrer Verfassung zu behalten trotz des anwachsenden internen und internationalen Druckes ihn abzuschaffen.

[2] Unterstützung und Ermutigung des deutschen Volkes in ihrem Wunsch ihre nach dem zweiten Weltkrieg angenommenen verfassungsrechtlichen Einschränkungen des Gebrauchs militärischer Gewalt bei der Lösung von Streitigkeiten zu behalten.

[3] Ermutigung und Unterstützung der Idee, daß die japanischen und deutschen verfassungsrechtlichen Einschränkungen beim Gebrauch militärischer Gewalt als positive und wünschenswerte Modelle für gewaltfreie internationale Konfliktlösung und Kriegsvermeidung für das 21. Jahrhundert und darüber hinaus angesehen werden sollten.

[4] Ermutigung und Unterstützung - auch als Modelle für die Zukunft - bei der Erforschung der Verfassungen und Praktiken solcher Nationen wie Costa Rica, Schweiz und anderen, die erfolgreich überlebt haben ohne dem Einsatz militärischer Gewalt als Mittel der Politik.

[5] Ermutigung und Unterstützung der Bemühungen aller Nationen und der Vereinten Nationen bei der ernsthaften Zuweisung von Mitteln für Erziehung für und dem Einsatz der endlosen Möglichkeiten der Kriegsvermeidung und der gewaltfreien Mittel bei der Konfliktlösung.

Der Stand unserer A9S und aktuelle Aktivitäten

(21) Unsere A9S ist sehr aktiv und mit Japan einbezogen, wo etwa 4000 Leute sie unterstützen, zusammen mit vielen anderen Gruppen in Japan die unsere Besorgnisse und Interessen teilen.

(22) Ich bin beeindruckt von der Anzahl der Frauen und Frauengruppen in Japan, die die A9S unterstützen. Ich glaube, daß Frauen, die andere Verhaltensmuster zu haben scheinen als Männer, unzweifelhaft eine große Rolle spielen beim Aufstieg zu einer höheren Ebene der Humanität, die eine Welt ohne Krieg als Vision hat. (Das könnte das Thema eines größeren Symposiums sein.) Meine Frau und ich haben drei starke Töchter. Sie helfen mir, diese Wahrheit zu verstehen.

(23) Die meisten unserer Unterstützer in Japan sind ältere Leute. Viele von ihnen haben noch Erfahrungen, was Krieg bedeutet. Hierin liegt vielleicht liegt eine unserer großen Herausforderungen, nämlich wie wir das Verstehen der Brutalität des modernen Hi-Tech-Krieges den nächsten Generationen weitergeben können, so daß die jungen Leute diese tragische Lektion nicht aus eigenen Erfahrungen erleben müssen. Das ist insbesondere ein schwieriges Problem in Amerika, weil wir so gesegnet sind, keine zivilen Erfahrungen des Krieges seit unserem Bürgerkrieg vor 130 Jahren zu haben. Die einzigen US-Bürger, die den modernen Hi-Tech-Krieg kennen sind unsere Kampf-Veteranen der Auslandskriege. Die meisten von uns Amerikanern haben nicht die leiseste Vorstellung davon, was es bedeutet auch nur eine Bombe auf das eigene Haus abzukriegen, schon gar nicht davon wie die eigene Stadt eingeäschert wird mit einer Brandbombe oder eingedampft von einer Atombombe. In Amerika werden junge Leute mit Propaganda überschüttet, mit Rekrutierungs-Botschaften und Fotos von schönen Menschen, für die die Armee, Marine und Luftwaffe bedeutet: "Sei alles, was du sein kannst!" Das sind keine Botschaften über die Brutalität und Gewalt von Militär und Krieg. Wir brauchen zusätzliche Zusammenkünfte, um die Mittel herauszufinden, wie wir junge Leute impfen können gegen Gewalt und Krieg, und die Weitergabe zwischen den Generationen zu verbessern über den Horror des Krieges.

(24) Es ist viel schwieriger Amerikaner für die A9S zu interessieren, weil wir unsere eigenen Probleme haben, und die Idee einer Artikel-9-artigen Klausel in unserer Verfassung scheint den meisten Amerikaner irgendwie von Don Quichote. Es ist jedoch interessant, zu bemerken, daß während der 20'er und 30'er-Jahre verschiedene Versuche von US-Kongress-Leuten unternommen wurden, um Artikel-9-artige Zusätze in die US-Verfassung zu bekommen. Sehen Sie dazu Anhang A.

(25) Als die A9S gegründet wurde, just nach dem Golfkrieg, hatten wir die Unterschriften von 200 bis 250 Unterstützern in Amerika, meist aus unserer geografischen Region, aber auch welche von weit entfernten Teilen der USA und ein paar aus Kanada, wegen der Publicity die wir bekamen. Einige der Unterstützer in Gegend von Athens waren Universitätsstudenten, die die Region

längst verlassen hatten. Wir bekamen die Zustimmung der Veteranen für Frieden (VFP), einer kleinen und sehr andersartigen Veteranenorganisation (4.000 Mitglieder), die sich dem Frieden, der Gerechtigkeit und der Abschaffung des Krieges verschrieben hat, und den gewaltfreien Mitteln bei der Konfliktlösung.

(26) Wir haben versucht einige unserer Anti-Kriegs-Kongreß-Leute und Senatoren zur Hilfe bei den Zielen der A9S zu gewinnen, aber bisher vergeblich.

(27) Wir gaben eine Anzeige im Christian Science Monitor und in The Nation auf, um Amerikaner über Artikel 9 und seine universelle Bedeutung für uns alle als Modell für das 21. Jahrhundert und darüber hinaus zu informieren.

(28) Um unser erstes kurzfristiges Ziel der Ermutigung des japanischen Volkes, ihre Regierung davon abzuhalten, Artikel 9 weiter auszuhöhlen, zu erreichen, entwickelten wir eine A9S-Postkarte, die an Weltführer geschickt werden soll. Mit dieser Karte fordern wir Weltführer auf, Japan zu ermutigen seinen Artikel 9 als Beitrag für den Weltfrieden zu ehren, anstatt Soldaten wieder rund um die Welt zu schicken. Ich habe einige dieser Karten bei mir für Ihren Gebrauch, wenn Sie wollen. Ich habe auch einen kleinen Vorrat dabei, die auf einer Seite Artikel 9 und die Rückseite frei haben, sodaß Sie Ihre eigene Botschaft in deutsch darauf drucken können und sie einsetzen, wo es paßt.

Einige Sorgen über die neuesten Ereignisse in Deutschland

(29) Ich bedauere sagen zu müssen, daß ich relativ uninformiert über Ihre Anstrengungen bin, die Anti-Kriegs-Bestimmungen Ihrer deutschen Verfassung intakt zu halten. Dieser Besuch hier sollte mir helfen mehr über Ihre wichtige Arbeit hier zu erfahren. Jedoch bin ich besorgt über ein Ereignis am 12. Juli 1994, als Ihr Verfassungsgericht offensichtlich Deutschlands gesetzliche Beschränkungen gegen den Krieg weiter aushöhlte, indem es die Verfassung so auslegte, daß es Deutschland erlaubt sei, seine Truppen rund um die Welt zu UN-friedenserhaltenden Operationen zu entsenden, was auch Kampf einschließt, falls notwendig - solange nur eine einfache Mehrheit des Parlamentes zustimmt.

(30) Wenn diese Gerichtsentscheidung nicht aufgehoben wird, scheint es mir, daß nur noch eine ökonomisch mächtige Nation auf Erden, Japan, seine rechtlichen Bestimmungen gegen Krieg noch fast intakt hat. Unglücklicherweise befürchte ich, wird Ihre deutsche Gerichtsentscheidung den internen Druck in und den externen Druck der Welt auf Japan verstärken, den Artikel 9 weiter auszuhöhlen. Das wird geschehen, weil in Japan gerade darüber debattiert wird, die Selbstverteidigungsstreitkräfte (SDF) als friedenserhaltende Macht zu den Golan-Höhen zu schicken. Diejenigen, die in Japan an der "Ermordung" des Artikel 9 interessiert sind argumentieren, daß damit Japan seinen Beitrag zum Weltfrieden leistet, seine Verfassung ändern muß, damit Soldaten weltweit als Friedensbewahrer entsenden kann. Sie argumentieren, daß Japan das tun muß, um von den anderen Nationen der Welt dafür geachtet wird, daß es seinen Beitrag für den Weltfrieden leistet. Wir fragen, warum es nicht für Japan und Deutschland möglich ist, als zwei großen wirtschaftlichen Weltmächten, ih-

re moralischen auf Krieg verzichtenden Bestimmungen in ihren Verfassungen zu achten, und ihre Beiträge für den Weltfrieden und die Gerechtigkeit durch Vervielfachung der gewaltfreien Kriegsverhütung und vorbeugende diplomatische Aktivitäten zu leisten, was einen viel größeren positiven Einfluß auf den Weltfrieden hätte als alles Militär in der Welt. Wir denken, wenn dieses Verhalten Japans und Deutschlands von der UNO ermutigt würde und allen anderen Nationen in der Welt, könnten wir gut etwas lernen, daß uns alle zu einer Welt ohne Krieg im nächsten Jahrhundert führen könnte.

(31) Wenn man Zeitungskommentare und Berichte über die Bemerkungen von deutschen und anderen Führern der Welt über die höchstrichterliche Entscheidung liest, scheint es klar, daß rechtlichen Einschränkungen des Krieges nicht mit Wohlwollen von den nationalen Führern gesehen werden. Z.B. wurde der deutsche Außenminister Klaus Kinkel in der New York Times vom 13. Juli dem Tag nach der höchstrichterlichen Entscheidung zitiert mit: "Die Bremse, die uns zurückhielt, ist nun weg." Ein Reporter des Christian Science Monitor sagte in der Ausgabe vom 13. Juli: "Die Unfähigkeit militärische Macht wirkungsvoll einzuplanen, verhinderte, daß Deutschland eine beherrschende Rolle in der europäischen Politik spielte.... Die Entscheidung des Gerichts sollte den Druck erhöhen, daß Deutschland seinen politischen Einfluß in Übereinstimmung mit seiner wirtschaftlichen Stellung bringt, als Motor Europas." Aus diesen und zahlreichen ähnlichen anderen Kommentaren zu der höchstrichterlichen Entscheidung erkennen wir, was es für eine große Herausforderung es sein wird, Führern der Welt diese Denkschablone "militärische Macht, einzuplanen" zu zerbrechen und ihnen zu helfen für neue Ideen der gewaltfreien und diplomatischen überzeugenden Herangehens als wahre Perspektive für Führerschaft empfänglich zu sein. Ich bin sehr enttäuscht, daß Präsident Clinton, der als junger Mann so korrekt in der Einschätzung der Verwicklung der USA in Vietnam als Unmoral und Dummheit war, sich nun anhört wie fast alle anderen Führern der Welt, die so oft nach den Muster "militärische Macht, einzuplanen" oder "die Flagge zeigen" mit internationalen Problemen umgehen.

Hoffnung für die Zukunft, oder Illusion?

(32) Als eine Art Schlußforderung meiner Bemerkungen wünsche ich diese Frage, die ich als Titel meiner Rede nahm mit einem starken positiven "ja" zu beantworten. Diese Kriegsverzichtsklauseln in Japans und Deutschlands Verfassungen sind noch eine Hoffnung für unsere Zukunft, auch wenn sie in beiden Ländern stark ausgehöhlt wurden seitdem die Verfassungen in Kraft traten. Dies ist das erste Mal in der menschlichen Geschichte, daß zwei wirtschaftlich mächtige Nationen, Deutschland und Japan, solche wichtigen rechtlichen Bestimmungen gegen Krieg und den Gebrauch militärischer Gewalt haben. Wenn Nationen keine militärische Gewalt einsetzen können, um sich in internationalen Angelegenheiten durchzusetzen, müssen sie sich auf gewaltfreie Mittel besinnen, um die unvermeidlichen Konflikte, die Teil der menschlichen Bedingungen sind, zu lösen. Diese rechtlichen Beschränkungen der Gewalt sind so wichtig, daß wir Wege finden müssen, die Aushöhlung zu stoppen, ihren Umfang wiederherzustellen und sie als Modelle für alle Nationen und die Vereinten Nationen zu stärken. Das wird keine leichte Aufgabe, aber es ist etwas, was drin-

gend getan werden muß.

(33) Meine Hoffnung ist, daß unsere Versammlung hier in Berlin anläßlich des 50. Jahrestages des Endes des Holocausts und der ungeheuren Brutalität, die der zweite Weltkrieg war, uns ermöglicht, eine Art gemeinsamer Anstrengung zu beginnen, zu helfen, diesem verfassungsmäßigen "Phönix für Frieden", das aus der Asche des Krieges emporstieg, neues Leben einzuhauchen.

Kriegsverzichtszusätze zur Verfassung der USA

(34) Mir ist es nicht gelungen, ein Mitglied unseres US-Kongresses zu finden, der bereit war, einen Kriegsverbotszusatz zur Verfassung der USA vorzuschlagen. Jedoch fand ich bei der Forschung zu diesem Thema in der Bücherei, daß in den 20'er und 30'er- Jahren verschiedene Vorschläge zum Verbot gegen die Beteiligung der USA am Krieg im Kongreß eingebracht wurden. Vieles davon könnte in Besinnung auf den Abscheu über das sinnlose Schlachten von Millionen von jungen Männern im ersten Weltkrieg sein, und einiges davon, speziell in den 30'er-Jahren könnte ein isolationistisches Gefühl in den USA zu dieser Zeit widerspiegeln. Diese vorgeschlagenen Zusätze kamen niemals sehr weit, aber zumindest wurden sie tatsächlich von Mitgliedern des Kongresses eingebracht. Es folgen zwei davon:

(35)

[A] eingebracht von Senator Frazier aus Nord-Dakota am 9.12.1927:

" (1) Krieg für irgendeinen Zweck .soll illegal sein, und weder die Vereinigten Staaten noch irgendein Staat, Land, Gesellschaft oder Person, die der Rechtsprechung unterliegt, darf Krieg, oder einen anderen bewaffneten Konflikt, Expedition, Invasion, oder Unternehmen innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten vorbereiten, erklären, teilnehmen oder führen, noch dürfen dafür Mittel aufgebracht, bewilligt oder für solchen Zweck ausgegeben werden.

(2) Alle Bestimmungen der Verfassung und den Zusatzartikeln und Ergänzungen dazu, die dazu im Widerspruch stehen oder unvereinbar mit. diesem Artikel sind, werden hiermit für nichtig und ungültig erklärt.

(3) Der Kongreß soll die Macht haben, angemessene Gesetze zu diesem Artikel in Kraft zu setzen."

(36)

[B] eingebracht vom Abgeordneten Ludlow aus Indiana und 1935 gemeldet:

"... außer im Falle einer Invasion soll es keine Kriegserklärung geben außer wenn das Volk so in einer Volksabstimmung entscheidet, und daß im Kriegsfall, alle Kriegsgüter, Waffenfabriken, usw. sollen für die Zeit des Notfalls von der Regierung übernommen werden, um Kriegsprofite zu verhindern."

Anhang B - Der Golf-Ölquellen-Krieg von 1991

(37) Wie schon gesagt, bin ich Ingenieur mit anhaltendem Interesse an "Grünem Technologie-Design" (GTBD)- Ressourcen erhaltenden und ökologisch elegantem Technologie-Design. Deutschland scheint einige sehr interessante Dinge auf diesem Gebiet durch die "Produkt -Rückgabe"-Gesetze. (Thema für ein

anderes Symposium). Wir wissen, daß "Ressourcen-Knappheit" einer der Gründe ist, warum Nationen in den Krieg ziehen. Nachdem wir viel von unseren eigenen ursprünglichen Ölquellen verschwendet haben, importieren wir in den USA jetzt mehr als 50 Prozent des Öles, was wir verbrauchen. Mitte September 1990, sechs Wochen nachdem unser Schützling Saddam Hussein in Kuwait eingedrungen war, lehnte unser US-Senat S-1224 ab, ein Gesetz, das von Autos, die in den USA hergestellt oder verkauft würden, erfordert hätte, daß der durchschnittliche Benzinverbrauch der Flotte bis zum Jahre 2001 nur noch 40 Meilen pro Gallone betragen hätte. Das ist durchaus innerhalb der gegenwärtigen Möglichkeiten der Ingenieure. Die Vereinigung der Besorgten Wissenschaftler errechnete, daß wenn wir das getan hätten, wir im Jahre 2005 in Amerika mehr als das Doppelte der gesamten jährlichen kuwaitischen Ölproduktion eingespart hätten, jedes Jahr in der Zukunft. Wir hatten die Wahl, unsere langfristigen Interessen zu sichern durch

(a) kehren unsereres eigenen Hauses und eine Nation zu werden, die weniger Energie verschwendet, oder

(b) unsere Militärmacht einzusetzen um "unsere" Ölversorgung im Golf sicherzustellen. Unglücklicherweise wählten wir das letztere.

Friedensgebot in eine deutsche Verfassung

Als am 8. Mai 1945 das nationalsozialistische Regime in Deutschland kapitulierte, war das der Beginn einer großen Hoffnung. Obwohl die Befreiung vom Nazi-terror mit unsäglichen Opfern verbunden war, waren Millionen Menschen in aller Welt davon überzeugt, daß das nicht nur das Ende des Zweiten Weltkrieges, sondern des Krieges überhaupt bedeute. Eine Friedensordnung sollte geschaffen werden, um in der Zukunft Angriffskriege zu verhindern und ein friedliches Zusammenwirken der Völker zu sichern.

Als sich in den westlichen Besatzungszonen die Bundesrepublik Deutschland und danach auf dem von der Roten Armee besetzten Gebiet die DDR gründete, wurde allerdings sehr rasch deutlich, daß sich eine neue Konfrontation entwickelte, die dann im Laufe der Jahrzehnte als Kalter Krieg zu weltweiter Hochrüstung und Ausweitung des militärischen Potentials führte.

Am Beginn dieser Entwicklung gab sich Deutschland ein Grundgesetz, "um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben", in dem es in der Präambel u. a. auch heißt, daß dieses neue Staatsgebilde "als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen" habe. Aus dieser Absicht heraus wurde in Artikel 26 das Verbot eines Angriffskrieges festgeschrieben und ausdrücklich formuliert, daß **"alle Handlungen, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, unter Strafe zu stellen"** sind. Auch die DDR betonte in ihrer Verfassung ihre Bemühungen um die Erhaltung des Friedens.

Die Grenze zwischen den beiden Staaten wurde im Zuge des Kalten Krieges zur Konfrontationslinie zwischen den beiden militärischen Supermächten NATO und Warschauer Pakt. Die militärische Hochrüstung auf beiden Seiten wurde mit der Notwendigkeit begründet, den Frieden zu erhalten. Dieses "Gleichgewicht des Schreckens" war auch das Alibi für eine enorme Entwicklung der deutschen

Rüstungsindustrie, in deren Gefolge die Bundesrepublik in die Reihe der führenden Rüstungsexportländer aufrückte.

Der Fall der Mauer und der Zusammenbruch der realsozialistischen Regime hat nicht nur in Deutschland zu einer völlig neuen Situation geführt. Die Argumentation, daß der Westen -und damit auch die Bundesrepublik - Militär und Kriegsgerät- benötige, ist quasi über Nacht gegenstandslos geworden. Die Nationale Volksarmee wurde in faszinierendem Tempo aufgelöst, die Rote Armee zog ihre Truppen aus dem Gebiet der DDR ab, und auch die westlichen Alliierten verringerten ihre Präsenz in Deutschland.

Wiederum eine Zeit großer Hoffnungen! Im Verfassungsentwurf des runden Tisches für die DDR wurde nicht nur ein Angriffskrieg verboten, ausdrücklich wurde der Staat beauftragt, alle auf Abrüstung gerichteten Bestrebungen zu unterstützen, die Wehrpflicht wurde abgeschafft und als Staatswappen wurde die Darstellung des Mottos "Schwerter zu Pflugscharen" gewählt. In der ersten (und einzigen) frei gewählten Regierung der DDR gab es einen Minister für Verteidigung und Abrüstung. Die Geschichte dieses Verfassungsentwurfes und ebenso die Verfassungskuratoriums ist bekannt. Wer gehofft hatte, daß nach der Auflösung des Warschauer Vertrages die NATO diesem Beispiel folgen würde, sah sich ebenfalls getäuscht.

Die Bundeswehr und mittlerweile die NATO haben das Territorium der neuen Bundesländer in ihren Geltungsbereich einbezogen. Sie benutzen teilweise die bisher von Volksarmee und Russen requirierten Übungsflächen und Kasernen. Der Militäretat wurde nur geringfügig verkleinert, die militärische Ausrüstung hingegen wird modernisiert und - so frei kann man das friedliche Grundgesetz interpretieren - inzwischen warten hochspezialisierte Einheiten auf den Einsatz im Rahmen der UNO bzw. sind an internationalen Aktionen durch Logistik oder direkt (AWACS) beteiligt, von der Teilnahme mittels Scheckbuch im zweiten Golfkrieg und dem Einsatz in Somalia ganz zu schweigen.

Die verteidigungspolitischen Richtlinien, die auch den Auftrag für die Bundeswehr definieren, sprechen darüber hinaus auch davon, "den freien Welthandel und den ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen zu gewährleisten". Das bedeutet Instrumentalisierung der Bundeswehr für die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Industrie. Begründet wird diese gefährliche Entwicklung von den Politikern mit der internationalen Pflicht gegenüber der Weltöffentlichkeit. Dabei ist bekannt, und von hochrangigen Militärs inzwischen öffentlich gemacht, daß militärischen Gewalt nirgendwo auf der Welt Konflikte dauerhaft lösen kann.

Eine Pflicht für Deutschland sehen wir vor der Welt allerdings auch: Es ist längst überfällig, die alten militärischen Denkmuster kritisch (und selbstkritisch) in Frage zu stellen und nach zivilen, d. h. politischen Lösungen für Konfliktsituationen zu suchen, zu entwickeln und anzuwenden. Konflikt und Friedensforschung bestätigen immer wieder, daß die Zuspitzung einer Konfliktsituation - sowohl zwischen den Völkern als auch innerhalb eines Volkes zwischen Nationalitäten - lange Zeit bekannt ist, bevor es zum Ausbruch militäri-

scher Handlungen kommt. Diese Zeit bleibt bislang ungenutzt und könnte für politische und wirtschaftliche Interventionen zur Befriedung des Konfliktes genutzt werden. Die OSZE und mit ihr die UNO-Resolution 43/51 vom 5. 11.88 und die Charta von Paris bieten die Grundlage dafür. In Deutschland gibt es vielfältige Aktivitäten für friedensstiftende Konfliktbewältigung, z. B. hat das Berliner Friedensforum eine Anhörung zu nichtmilitärischer Konfliktbewältigung im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages initiiert. Der Bund für soziale Verteidigung hat Konzepte für Mediation in Konfliktsituationen entwickelt; die evangelische Kirche zu Berlin-Brandenburg hat Überlegungen vorgestellt, zivile Friedensdienste einzurichten; Technische Hilfswerke und zahlreiche Organisationen und Vereine leisten spezifische Beiträge. Die Effektivität, dieser Konzepte und Aktionen könnte durch einen kleinen Teil der Mittel, die Deutschland für militärische Zwecke ausgibt, enorm erhöht werden. Stattdessen wurde die Förderung für Friedens- und Konfliktforschung drastisch reduziert.

Der internationalen Pflicht wird nicht mit Soldaten genüge getan, sondern mit einem Heer von qualifizierten Diplomaten. Darüber hinaus sollten Signale aus der Bevölkerung beachtet werden: die steigende Zahl von Wehrdienstverweigerern, die Bestrebungen Steuern für militärische Zwecke zu verweigern, die Bewegung "Ohne Rüstung leben", etc.. Auch die Verfassungsvorschläge des Berliner Friedensforums oder des Hannoverschen Friedensbüros gehören dazu. In Artikel 87 a des Grundgesetzes heißt es übrigens: "Ihre (d. h. der Streitkräfte) zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben". Eine Regierung mit einer derart hohen Verschuldung wie die Bundesregierung kann sich den verschwenderischen Posten Bundeswehr ohnehin nicht mehr leisten. Eine Regierung, die das Recht auf politischen Asyl, auf das die Deutschen mit Recht sehr stolz waren, aus finanziellen Gründen aushöhlt, die Sozialausgaben kürzen will, nicht genügend Mittel für Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stellen kann, der es an Geld für ökologische Aufgaben fehlt, sollte endlich die Konsequenzen ziehen.

Daß Konversion der Gesellschaft auch erhebliche Probleme bereitet, sollten auch wir nicht verschweigen. Wirtschaftliche Umstellung bringt Probleme, vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Da aber abzusehen ist, daß dieses Problem ohnehin auch auf Deutschland zukommen wird, ist es notwendig, sich rechtzeitig und umfassend auf diese Probleme vorzubereiten. statt diese Aufgabe der nächsten oder übernächsten Regierung zuzuschieben. Die Kosten werden dadurch ohnehin nicht geringer, sie werden sich nur erhöhen.

Der 50. Jahrestag des Kriegsendes sollte endlich den Passus in die deutsche Verfassung bringen, der *expressis verbis* und ohne Möglichkeiten der beliebigen Auslegung die militärische Rolle Deutschlands in der Weltpolitik beendet, damit von Deutschland nie wieder eine Bedrohung ausgeht. Von Deutschland muß Frieden ausgehen!

Eine Situation, in der aus einem Grundgesetz für eine Übergangszeit eine Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland werden soll, ist ein günstiger Zeitpunkt für diese Initiative.

Mareile Löber Berliner Friedensforum